

Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD**Bekämpfung illegaler Beschäftigung und Schwarzarbeit**

Der Senat kündigte ein „Konzept zur nachhaltigen Bekämpfung von illegaler Beschäftigung und Schwarzarbeit im Lande Bremen“ (Drs. Bürgerschaft [Landtag] 14/1086 vom 20. Juli 1998) an. Eine besondere Schlüsselfunktion hat die Einrichtung eines EDV-gestützten Informationsverbundes beim Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales, die Sonderermittlungsgruppe beim Senator für Inneres, Kultur und Sport sowie die Einführung beschleunigter Verfahren beim Senator für Justiz.

Wir fragen deshalb den Senat:

1. Wann wird der EDV-gestützte Informationsverbund zur nachhaltigen Bekämpfung von illegaler Beschäftigung und Schwarzarbeit im Lande Bremen zur Verfügung stehen, welche Vorarbeiten sind erfolgt, welche Inhalte und Ziele sind im Abstimmungsverfahren, und wann werden diese Abstimmungen abgeschlossen sein?
2. Wie viele Fälle von Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung sind in Bremen und Bremerhaven im Jahre 1998 und für die Zeit vom 1. Januar bis 30. Oktober 1999 festgestellt worden?
 - 2.1 Wie viele Strafverfahren und Ordnungswidrigkeitsverfahren sind eingeleitet worden?
 - 2.2 Wie hoch war die Zahl der ermittelten Personen, die Transferleistungen bezogen haben, aufgeschlüsselt nach Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe, Sozialhilfe und Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz?
 - 2.3 Wie hoch war die Zahl der ermittelten Personen, die ohne gültige Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis waren, und wie hoch war die Zahl der daraus resultierenden Abschiebungen?
3. Wie hoch werden die Verluste bei den Steuereinnahmen und den Sozialversicherungen im gesamten Zeitraum für das Land Bremen geschätzt?
4. Wann wird die vorgesehene Sonderermittlungsgruppe ihre Arbeit aufnehmen?
 - 4.1 Welche Maßnahmen hat der Senat inzwischen zur Verbesserung der Ausstattung der zuständigen Ermittlungsgruppe vorgenommen?
 - 4.2 Wie hoch ist die Anzahl der Beschäftigten in der Ermittlungsgruppe, und welche zusätzlichen Stellen wurden der Ermittlungsgruppe zugeordnet?
5. Welche Tätigkeiten, Berufe und Branchen sind von Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung nach Erfahrungen der Ermittlungsgruppe besonders betroffen?
6. Wie ist in diesem Zusammenhang der Verfahrensstand der Bemühungen um beschleunigt eingeleitete Gerichtsverfahren?

Brigitte Dreyer, Eckhoff und Fraktion der CDU

Helga Ziegert, Böhrnsen und Fraktion der SPD